



Bezugspreis für den Monat Januar bei der Post 5 Goldmark (ausschließlich Bestellgeld), in Breslau frei Haus 5 Goldmark, bei Abholung 4,80 Goldmark. Wochenbezugspreis frei Haus 1,30 Goldmark.

Breslau, Sonnabend, 5. Januar 1924

Wochenbezugspreis 1,30 Goldmark. Nach heutigem Kurse = 1 Billion 300 Milliarden Mark.

Einrückungsgebühr für den 1. Sp. Raum in Wilh.-Stb. (1 Zeile = 2 1/2 mm hoch): 12 1/2 Goldpfennige, Stellenangebote, Kleinverläufe von Privat, Privatunterstütz. 5 Goldpfennige, Verlags- und Heilmittelanzeigen 16 Goldpfennige, Familienanzeigen (nur 2- u. mehrspalt.) 2spalt. 5 Goldpfennige, Nachrufe (2spalt.) 10 Goldpfennige, Anzeigen an bevorzugter Stelle (4spalt.) 80 Goldpfennige.

Das Abonnement verpflichtet den Besteller, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Hauptverleger: Dr. Richard Schott. - Sprechst. d. Red. 10 bis 12 Uhr (ausg. Sonnab.) Manusk. w. nur zuzüglich, wenn Rückporto beiliegt. Zeitungsabnahme und Anzeigenannahme (Schluß 5 Uhr, ohne Gewähr für eine bestimmte Nummer) in den Geschäftsstellen Schweidn. Str. 47 und Kaiserstr. 17. - Durch Verleger übermittelte Aufträge bedürfen an ihrer Rechtmäßigkeit umgebender schriftlicher Bestätigung.

Bei Störungen durch höhere Gewalt, Streik, Auslieferung u. dergl. können Erklärungen nicht berücksichtigt werden. Fernsprecher: Redaktion Ring 540 (n. J. d. Stadtverf.), Ferner Ring 2041 u. Obli 5722; Sanitätsredakt. Obli 4416, Geschäftst. Schweidn. u. Str. 47 Ring 1944 u. Obli 4416; Dr. Weig. Kaiserstr. 17 Obli 4753. - Telegr.-Adressen: Schlesiens. - Postfachnummern: Breslau 98 Wilh. Gottl. Korn.

Oberleitender Red.: Redaktion u. Geschäftsstelle Meitling, Wilhelmstr. 5, Fernspr. 861. Leitender Red.: Redaktion u. Geschäftsstelle Berlin W. 9, Kaiserstr. 16, Fernspr. Berlin Köpenick 7461. Auslandsvertretungen in London, Paris, Prag, Rom, Wien, Madrid, New York.

## Bayerische Vorschläge für Umgestaltung der Reichsverfassung.

### Eine Unterlage für Verhandlungen.

+ München, 4. Januar. Nachdem heute mittag in Berlin durch den bayerischen Gesandten die bayerische Denkschrift über die föderalistische Umgestaltung der Weimarer Verfassung dem Reichskanzler überreicht wurde, ist heute abend in München der Wortlaut der bayerischen Denkschrift der Presse übergeben worden.

Die Denkschrift will lediglich eine Unterlage für die künftigen Verhandlungen bilden. In politischer Beziehung verlangt die Denkschrift, daß die verfassungsrechtliche Stellung des Reichsrates umgestaltet werde und daß der Reichsrat wieder diejenige Stellung erlangt, die der Bundesrat hatte, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Verwaltung wie der Führung der Reichsgeschäfte. Auf dem Gebiete der inneren Verwaltung wird verlangt, daß die Ausführung der Reichsgeschäfte wieder grundsätzlich in die Hand der Einzelstaaten gelegt, und daß den Ländern die Verfassungsautonomie wieder überlassen werde. Artikel 48 der Reichsverfassung soll auf Bayern keine Anwendung finden. Auf dem Gebiete der Justiz soll es verfassungsmäßig ausgeschlossen werden, daß durch Reichsammestie in das Bundesgericht der Einzelstaaten eingegriffen, und daß durch Sondergerichte in die Zuständigkeit der Länder eingegriffen wird. Die Finanzverwaltung der Einzelstaaten soll in größerem Umfang wieder hergestellt werden, und zwar nicht nur hinsichtlich der direkten, sondern auch der indirekten Steuern und Zölle. Vor allem soll Bayern seine Biersteuer wieder zurückbekommen.

Auf militärischem Gebiete wird bayerischerseits anerkannt, daß eine Teilung der Militärhoheit bei einem Heer von nur 100 000 Mann nicht mehr möglich ist, verlangt wird aber 1. daß der bayerische Landeskommandant nicht nur auf Vorschlag der bayerischen Regierung ernannt, sondern auch nur mit ihrer Einwilligung abberufen werden kann; 2. daß eine vorübergehende Entsendung bayerischer Truppen nach außerbayerischen Teilen nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung stattfinden; 3. daß eine Beförderung von Führern und Beamtenstellen von einem bestimmten höheren Range an nur im Einvernehmen mit der bayerischen Regierung erfolgt, und 4. daß die bayerischen Truppen außer auf die Reichsregierung auch auf die bayerische Regierung verpflichtet werden.

Auf dem Gebiete des Verkehrs soll eine vollständige Neuordnung der Rechtsverhältnisse für Bahn und Post eintreten, nachdem der Staatsvertrag von 1920 sich als unhaltbar erwiesen hat. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik soll den Einzelstaaten das Recht eines Vertragsabschlusses auch ohne die Zustimmung des Reiches zuteil, doch soll dieses ein Einspruchsrecht für den Fall haben, daß ein solcher Vertragsabschluß den Reichsinteressen abträglich sein sollte. Auf wirtschaftlichem Gebiete soll für die Zukunft ausgeschlossen werden, daß das Reich einen Zugriff auf die Naturschätze und wirtschaftlichen Unternehmungen der Einzelstaaten ansüßt.

Die bayerische Denkschrift schließt mit der Forderung, daß anstelle der Bezeichnung „Länder“ die Bezeichnung „Bundesstaaten“ wieder eingeführt werde.

### Die Ermächtigung für die bayerische Regierung

w. München, 4. Januar. Der Verfassungsausschuß hat mit den Stimmen der Bürgerlichen gegen die Stimmen der Linken seine Zustimmung zu dem Antrag der Bayerischen Volkspartei gegeben, der die Regierung ermächtigt, zur Abgeltung des Staatsbankrotts und der öffentlichen Verbände möglichst schnell die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Ferner ist der Ausschuß damit einverstanden, daß die Regierung gewisse Behörden oder Stellen ändert oder aufhebt, die Verfassung der Gemeinverbände ändert und die wirtschaftlichen Betriebe des Staates in eine Gesellschaftsform überführt. Ferner wurde ein Ergänzungsantrag der Demokraten angenommen, nach dem die Regierung über die zum Ermächtigungsgesetz angenommenen Anträge und Entschlüsse nicht hinausgehen darf. Die der Staatsregierung gegebene Ermächtigung ist bis 31. März befristet.

In der Aussprache erklärte der Minister des Innern Dr. Schwegler, daß die Regierung zur Sicherung der Wahlfreiheit entsprechende Vorkehrungen treffen werde, aber die Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht in Betracht ziehen könne. An eine völlige Freigabe der Versammlungen könne nicht gedacht werden. Die Verbreitung von Flugblättern werde erleichtert werden. Den früheren Angehörigen der verbotenen politischen Vereinigungen wird die Teilnahme an den Wahlvorbereitungen in gleicher Weise, wie dies der Rechtsausschuß des Reichstages beschlossen hat, gestattet. Hinsichtlich der Presse können allgemeine Zusicherungen noch nicht gegeben werden. Die Redner der Demokraten und Sozialisten erklärten sich von den Aufregungen des Ministers nicht befriedigt und forderten völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes. Der Vertreter der Bayerischen Mittelpartei forderte Sicherung der Wahlfreiheit in vollem Umfang. Der Redner der Bayerischen Volkspartei erklärte, daß gerade wegen der Wahlfreiheit der Ausnahmezustand nicht aufgehoben werden könne.

### Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten.

w. Dresden, 4. Januar. Zu Beginn der Landtagssitzung teilte Ministerpräsident Seckisch mit, daß ein Antrag eingegangen sei, ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Die Regierung werde diesem Antrage entsprechen. In der nächsten Nummer der „Staatszeitung“ werde eine entsprechende Bekanntmachung erscheinen.

Darauf wurde zur Wahl des Ministerpräsidenten geschritten. Von sozialdemokratischer Seite wurde der frühere Finanzminister Heldt vorgeschlagen. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Demokraten stimmten diesem Vorschlag zu. Abg. Schwarz erklärte namens der sozialdemokratischen Minderheit, daß sie Gegner einer Koalition mit der Volkspartei sei und den Abg. ordneten Heldt nicht wählen würde. Bei dem Wahlgang wurden 79 Stimmen abgegeben. 14 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 52 Stimmen auf Heldt (Soz.), 17 auf Hoffmann (Dtn.), 10 auf Böttcher (Rom.). Heldt ist somit gewählt und erklärte sich auf die Frage des Präsidenten Winkler bereit, die Wahl anzunehmen. Darauf erfolgte die Vereidigung des neugewählten Ministerpräsidenten.

Nach der Wahl und der Vereidigung des Ministerpräsidenten wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages, den der Rechtsausschuß sich zu eigen gemacht hatte, gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und weniger linksstehender Sozialdemokraten abgelehnt. Der Landtag bleibt demnach zusammen. Die nächste Sitzung findet am 15. Januar statt mit der Tagesordnung: Regierungserklärung.

Die schon mitgeteilte Ministerliste wird infolgedessen eine Änderung erfahren, als der Volksparteiler Dr. Kaiser das Kultusministerium und der Volksparteiler Büniger das Justizministerium übernehmen wird.

### Rhein-Ruhr-Chronik.

#### Ende des Ruhrzwanges?

Frankfurt, 4. Januar. Wie die Blätter aus Effen melden, haben die Besatzungsbehörden den Stadtverwaltungen mitgeteilt, daß mit dem heutigen Tage die Pakabfertigungsstellen im besetzten Gebiet ihre Tätigkeit einstellen. Die Eisen- und Ausreißer aus dem besetzten Gebiet, und zwar sowohl aus dem allbesetzten wie aus dem neubefetzten Gebiet, ist somit von heute ab ohne Paß gestattet lediglich der deutsche Personal, ausweis ist zur persönlichen Legitimation erforderlich. - Eine Bestätigung der Nachricht liegt noch nicht vor.

#### Noch immer ungünstige Arbeitslage.

Effen, 4. Januar. Die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet hat in der letzten Zeit keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Die Bechen des Ruhrgebietes sind ungefähr mit 40 bis 50 Prozent ihrer normalen Leistungsfähigkeit wieder im Betrieb. Die Eisenindustrie ist jedoch noch nicht zu einem Punkte der Vorkriegsleistung zurückgekehrt. Verschiedene Hochofen haben nur in ganz beschränktem Maße den Betrieb wieder aufgenommen, andere liegen ganz still. Auch die Lage der mittleren und der Kleinindustrie ist noch sehr ungünstig.

#### Zusammenstoß zwischen Militär und Zivilisten.

+ Sülzbach (Eiff.), 4. Januar. In einer hitzigen Gastwirtschaft kam es gestern Abend zu Streitigkeiten zwischen französischem Militär und Zivilisten. Einer der Soldaten gab aus seinem Revolver drei Schüsse auf die Menge ab, die sich angesammelt hatte. Ein Mann wurde durch Herzschuß getötet, ein anderer schwer verletzt.

### Der Sonderbündlerterror.

w. Speyer, 4. Januar. Ein neuer Beweis für den Sonderbündlerterror in der Pfalz ist folgende Verordnung des Sonderbündler-Bezirkskommissars an die Landgemeinden seines Bezirks. Der Bürgermeister hat danach sofort eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen und folgendes bekanntzugeben:

1. Die Regierungsgewalt innerhalb der Pfalz geht einzig und allein in die Hände der Regierung der autonomen Pfalz über. Wer in Wort, Tat und Schrift die Sache der Regierung bekämpft, hat Strafverfolgung mit aller Schärfe zu gewärtigen.
2. Für Ruhe und Ordnung innerhalb des Ortsbereiches ist die Gemeinde verantwortlich. Sie haftet mit dem gesamten Vermögen für alle Fälle, die als Widersehbildet gegenüber der Regierung zu betrachten sind. Besonders wird in Erinnerung gebracht, daß das Ständerecht verhängt ist.
3. Plakate u. v. sind auf Anordnung der Regierung oder deren Unterorgane nach ihrer Auffassung sofort an der Gemeindefestung und an sonst an sichtbaren verkehrreichen Stellen innerhalb der Gemeinde anzubringen, bezw. durch Ortsbehörde bekanntzugeben.
4. Versammlungen, Umzüge und sonstige Veranstaltungen, gleichviel welcher Art, müssen drei Tage zuvor auf dem Bezirksamt (Kommissariat) angemeldet werden und bedürfen der Genehmigung. Die entsprechenden Ordonnanz der Besatzungsbehörden wird hieron nicht berührt.
5. Wirtshäuser, 4. Januar. Der größte Teil der Landgemeinden, deren Bürgermeister sich auf den durch sie ausgeübten Druck die Treuerklärungen von den Sonderbündlern abstinieren ließen, haben diese Erklärungen jetzt widerrufen.

### Vom Tage.

\* Die große Koalition in Sachsen. Nach sozialdemokratischem Einverständnis hat die sächsische Sozialdemokratie nur deshalb der Bildung der großen Koalition zugestimmt, weil sie befürchtet, daß sofortige Neuwahlen die geringe Anzahl der den bürgerlichen Parteien bei den letzten Wahlen noch zur Mehrheit fehlenden Stimmen unerschwerlich bringen würden. Die Mißwirtschaft in Sachsen, wie sie unter der Regierung der Herren Zeigner, Böttcher, Brandler und Liebmann betrieben wurde, hat vielen bis dahin noch Blindgewesenen die Augen geöffnet. Dazu kommt, daß die Anwesenheit der Reichswehrregimentstruppen das Gefühl von Ordnung und Sicherheit und nationaler Würde erheblich gestärkt hat. Jetzt lassen sich Deutsche Volkspartei und Demokraten von den in Sachsen recht radikalen roten Genossen auf einen Leim locken, den sie bei den nächsten Wahlen sicher teuer bezahlen müssen. Einmal kann es ja kein erprießliches Zusammenarbeiten zwischen dem bisher immer in positiv nationaler Sinne aufgetretenen Dr. Kaiser von der Deutschen Volkspartei einerseits und dem radikalen Genossen Seckisch andererseits geben. Zweitens werden sich auch die sächsischen Sozialdemokraten, die unter dem Druck ihres sehr starken linken Flügels und der Kommunisten stehen, kaum wesentlich von ihrer bisherigen Politik abbringen lassen. So ist also die große Koalition in Sachsen schon von vornherein zum Scheitern verurteilt. Daß aber die Deutsche Volkspartei in Sachsen sich auf eine solche Politik überhaupt erst einläßt, ist sehr bedauerlich, auch im allgemeinen deutschen Interesse.

\* Das Schicksal des „Vorwärts“. Die „Berliner Börsenzeitung“ schreibt: In einem Artikel „Begriffsverwirrung“ macht das „Gewissen“ eine Entschuldigung des Journalisten Sonntag über die Vorgänge hinter den Kulissen der Sozialdemokratie. Das Blatt sagt u. a.: „Mit der Sozialdemokratie ist es in geldlicher Beziehung soweit gekommen, daß sie nicht nur ihre Parteibeamtenschaft abbaut und den Funktionären empfiehlt, sich nach einem bürgerlichen Berufe umzusehen, sondern, wie Herr Sonntag mitteilt, sich vor der Notwendigkeit sieht, ihr Zentralorgan, den „Vorwärts“, und eine Reihe bedeutender Parteiorgane der Provinz vom neuen Jahre ab eingehen zu lassen. Daraufhin soll nun Herr Spieker, der neue Pressechef der Reichskanzlei, unter Vermittlung von Oskar Strauß und bestimmten Berliner Finanzkreisen, Herrn Scheidemann eine Sanierung seiner Partei ermöglicht haben. Es ist selbstverständlich, daß ein solches Finanzgeschäft mit einer politischen Gegenleistung verbunden ist, und wir erinnern in diesem Zusammenhang nur daran, daß die Sozialdemokratische Partei schließlich demselben Ermächtigungsgesetz zugestimmt hat, das sie vorher mit hochtönenden Worten ablehnte.“ Der „Vorwärts“ hat diese Mitteilungen sofort als in allem erlogen bezeichnet. Wir halten die im Interesse der politischen Sauberkeit nötige Klärung damit aber noch nicht für erreicht. Herr Sonntag hat sich im allgemeinen immer als sehr gut informiert erwiesen und wir selber hatten ja auch über die Bedrängnis des „Vorwärts“ Informationen, deren Quelle uns als vertrauenswürdig gilt. Beachtlich erscheint uns eine im Zusammenhang hiermit geäußerte Kombination der „Deutschen Zeitung“, die sagt, jetzt könnte man vielleicht verstehen, warum es gerade Herr Scheidemann war, der doch in der Sozialdemokratischen Partei seit Jahr und Tag - ob nun aus Grund seiner „verdorrenen Hand“ oder aus Grund seines Bürgermeisterpostens in Cassel, sei dahingestellt - nur noch als toter Mann fungierte, plötzlich in jener Reichstagsitzung, in der die Sozialdemokraten für die Ermächtigung des Kabinetts Marx umfielen, auftauchte und die gewundene Umfalleklärung abgab. Man hätte dann annehmen können, daß Herr Scheidemann in seiner eigenen Partei an die Sanierungsaktion, die er eingeleitet hatte, die Bedingung geknüpft habe, ihn wieder an einflußreiche Parteistellen zu erheben und ihn den alten Einfluß zurückzugeben. Wie die Sache auch sein mag, es erscheint dringend nötig, daß alsbald auch die übrigen von Herrn Sonntag genannten Stellen, insbesondere Herr Spieker und Herr Strauß, das Wort zu dieser Angelegenheit ergreifen.“

### Stresemann in Lugano.

+ Berlin, 4. Januar. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in Lugano gestern den deutschen Gesandten in Bern Dr. Adolf Müller und den Botschafter in Rom Freiherrn von Neurath empfangen und mit ihnen längere Besprechungen gehabt.

Der Mailänder „Secolo“ tißt seinen Lesern die Nachricht auf, Stresemann habe beabsichtigt, gestern von Lugano nach Mailand zu einer politischen Zusammenkunft zu fahren, sei aber durch telegraphische Nachrichten aus Berlin bestimmt worden, diesen politischen Abstecker nach Mailand aufzugeben und seine Rückreise nach Berlin auf Sonnabend festzusetzen. Der „Secolo“ berichtet nicht mit dem Dr. Stresemann diese Zusammenkunft in Mailand hätte haben sollen. Dies würde dem Blatt auch unmöglich sein, da nach Erkundigungen bei hiesiger zuständigen Stelle an dem genannten politischen Märchen des „Secolo“ kein wahres Wort ist.

# Ärzte und Krankenkassen.

w. Berlin, 4. Januar. Am 4. Januar fanden im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen mit Ärzten und Krankenkassen wegen der vertraglichen Regelung der ärztlichen Versorgung statt. Der Vorschlag der Ärzte, die gekündigten Ärzteverträge ohne weiteres wieder herzustellen, wurde von den Krankenkassen abgelehnt. Dabei wies der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf die weitgehenden Pflichten aus dem mit Gehegekräften abgeschlossenen Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 hin; danach dauern auch bei Beendigung eines Arztvertrages die bisherigen Beziehungen solange fort bis ein neuer Arztvertrag geschlossen ist. Die Vertreter der Ärzte traten dieser Auffassung im allgemeinen bei. Die Krankenkassen bestritten die Verpflichtung der Krankenkassen, die Ärzte unter den früheren Bedingungen wieder zuzulassen. Das Reichsarbeitsministerium wird seine Rechtsauffassung als allgemeine Richtlinien bei den Krankenkassen durch die Aufsichtsbehörde zur Geltung bringen.

# Der Streik in der Berliner Metallindustrie.

+ Berlin, 4. Januar. Der Verband Berliner Metallindustrieller teilt u. a. mit: Über den Umfang der Streikbewegung werden die ungeheuerlichen Zahlen verbreitet. Dem Verband Berliner Metallindustrieller sind mehr als 400 Betriebe angeschlossen. Von diesen 400 Betrieben sind nach dem heutigen Stande lediglich 117 von der Bewegung erfasst, jedoch nicht etwa in der Weise, daß diese 117 Betriebe stillliegen. Vielmehr hat die Stilllegung einen geringeren Teil betroffen, während in den übrigen Betrieben ein mehr oder minder großer Prozentsatz der Arbeit verweigert, und infolgedessen ausgedehnter ist. In den Betrieben der Mitglieder des Verbandes Berliner Metallindustrieller werden zurzeit über 200.000 Arbeiter beschäftigt. Davon haben sich nach dem heutigen Stande 85.000 an der Bewegung beteiligt, also noch nicht einmal die Hälfte. Alle anderen Zahlen sind unrichtig. Die Parteien sind übereingekommen, am Sonntag, den 5. Januar, zusammenzutreten.

w. Berlin, 4. Januar. In der Schlichtungsfrage des Verbandes der Berliner Metallindustriellen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, hat der Verband Berliner Metallindustrieller den schiedsrichterlichen Charakter für Groß-Berlin, Reichsminister a. D. Wiesel, als Vorkonferenzen vor Verhandlung abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat die Ablehnung für unbegründet erklärt. Das Verfahren wird mit größter Beschleunigung durchgeführt.

# Die Eisenbahnen in der britischen Zone.

w. Köln, 4. Januar. Wie die „Kölnische Zeitung“ aus unterschiedlichen Kreisen der Reichsbahn über die Verhandlungen betreffend die Eisenbahnen in der britischen Zone geschrieben wird, ist die Behauptung, Köln werde durch das Verhalten der Reichsbahnverwaltung und durch die Umleitung der Reisegänge vom internationalen und einladigen Durchgangsverkehr langsam aber sicher abgeschnitten, schon aus rein betriebstechnischen Gründen als fast unumgänglich zu bezeichnen. Was heute umgekehrt werde, seien nur Militärzüge und einige Kohlenzüge, die aber gerade wegen der Umleitung um Köln schon mit technischen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Wie berichtet wurde, sei die Stellung Kölns als verkehrs- und handelspolitischer Mittelpunkt der Rheinlande unantastbar und werde auch durch die Veränderung der Verhandlungen über den Verkehr keine Einbuße erleiden. Wenn die Reichsbahnverwaltung nicht mit allem Eifer bemüht sei, was man ihr vorschlägt, so gehe das im allgemeinen Interesse. Die rheinischen Wirtschaftskreise hätten hierfür auch volles Verständnis. Das beweist die Tatsache, daß wertvolle Reichswerke aus Kölner Industrie und Handelskreisen über angebliche Verkehrsbehinderungen bei der Reichsbahn noch nicht vorgebracht worden sind.

Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht eine Aufschrift von aut unterrichteter Stelle, in der es u. a. heißt: „Dah die Reine nicht in der Lage ist, die Pflichten der Eisenbahnverwaltung gegenüber der Wirtschaft des Landes in einer Weise zu erfüllen, wie es den bedeutendsten aller Verkehrsunternehmen zukommt, dürfte kein Geheimnis mehr sein. Alle Wagnisverträge sind auf e. l. o. s., wenn es nicht genügt dem Eisenbahnverkehr im Ausmaß zu steuern. Wie will ein landfremdes Unternehmen in der Lage sein, so gewaltigen Apparat zu meistern, der in Jahrzehnten Erfahrungen und unter fortwährender Abwägung aller in Betracht kommenden Momente aufgebaut wurde. Wenn gelangt wird, daß die Einwirkung des Kölner Bezirks in die Reine für Köln eine Verbesserung mit sich bringen werde, so ist das ein großer Fortschritt. Allerdings würde bei einer solchen Entwicklung auch die Kölner Zone dem Reinebetriebe zum Opfer fallen und die Verkehrsnot noch weiter erhöhen. Wenn die Stadt Köln bisher noch wenigstens einigermaßen hat beliefert werden können, so ist das gerade dem Zusammenhänge ihrer wichtigen leistungsfähigen Eisenbahnanlagen mit der deutschen Reichsbahn zu verdanken. An der Erreichung einer Verbindung zwischen dem von der deutschen Reichsbahn bedienten Kölner Gebiet und den von der Reine bedienten übrigen linksrheinischen Landesteilen wird eifrig gearbeitet.“

# Englands Passivität.

London, 4. Januar. Die „Times“ schreiben im Leitartikel über die britische Außenpolitik: In sehr kurzer Zeit werde eine neue Regierung in Großbritannien im Amt sein, aller Wahrscheinlichkeit nach eine Arbeiterregierung. Dieser Wahrscheinlichkeit mit allen ihren möglichen Folgen müsse offen Rechnung getragen werden. Während der letzten beiden politischen Jahren war die Haltung Großbritanniens in internationalen Angelegenheiten so aut wie passiv. Die zeitweilige Einstellung der britischen Einflüsse bedeutete aber, daß die Kräfte, die es vorziehen würden, Großbritannien unberücksichtigt zu lassen, außerordentlich gute Gelegenheiten hätten, ihre Ziele zu verfolgen. Auf jeden Fall müsse Europa nicht still, und könne auch nicht stillstehen. Es ändere sich täglich in seinen Tendenzen und Kombinationen. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ändern sich bis in die feinsten Einzelheiten. Unter dem Druck der Ruhrbesetzung könne nicht nur die Bevölkerung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes, sondern auch die deutsche Regierung selbst mehr und mehr geneigt zu sein, in Abwesenheit irgend welcher entgegenwirkender Kräfte zu beschließen, ihre Lage zu erleichtern, indem sie separate und erlösende Vereinbarungen mit Frankreich trafe. Die Ruhrindustriellen hätten mit der französischen Regierung bereits eine Vereinbarung getroffen. Die Führer des Rheinlandes richteten sich aus dem separatistischen Terror durch irgend ein Kompromiß mit Frankreich das, wie sie hoffen, von Berlin abwillig werde. Diesen Tatsachen Rechnung tragend, sucht Reichskanzler Marx einen modus vivendi mit der französischen und der belgischen Regierung. Es werde erwartet, daß Poincaré nächste Woche endgültig Antwort auf die deutschen Vorschläge erteile. Franzosen würden Fortschritte gemacht mit dem Plane der Verbindung der französischen und deutschen Industrie, nicht nur in dem Sinne, daß das Ruhrgebiet mit der Ruhrkohle vereinigt werde, sondern auch im weiteren Sinne des direkten und dauernden französischen Einflusses auf die industrielle Produktion. Während Tendenzen wie diese sich in den Vordergrund drängen, entwickelten sich die allgemeine politische Lage in Europa in neuen Richtungen, die 1910 niemals in Aussicht genommen wurden. Der geplante französische Vertrag mit der Tschechoslowakei sei ein Symptom. Was auch immer die Absicht der Tschechoslowakei sei dieser Vereinbarung sei, es bestehe kein Zweifel, daß sie in Paris dahin ausfallen werde, daß sie die französische Politik bei ihrem Vordringen stärke, die neuen Staaten Europas in der großen Streitfrage dieser Zeit auf die Seite Frankreichs zu bringen. Es sei ernst für Großbritannien, daß es in einer so schwierigen Lage wie der letzten ohne eine klar ausgedrückte Politik sei. Auf dem Kontinent habe der britische Einfluß seit einiger Zeit abgenommen. Die Überzeugung, daß angemessene Re-

Berlin, 4. Januar. Teleg. Auszahlung New-York 1 Dollar 4 189 500 000 000 Geld, 4 210 500 000 000 Brief, Dollarjahrgangswertung 420-4250 rep. 20 Proz. Goldanleihe 4200 volle Zuteilung. Schließliches Notgeld. Auf Grund des Kurses der Goldanleihe von 4200 Milliarden (mitgeteilt von der Kommunalbank für Schlesien in Milliarden Papiermark).

Zinsschicht auf Berlin und Paris wurden notiert in	Landeswährung für 1 Billion Mt.				Landeswährung für 100 Frank			
	4.1.	3.1.	2.1.	31.12.	4.1.	3.1.	2.1.	31.12.
Amsterdam	0,58%	0,57%	0,59%	—	12,85	12,95	13,35	—
Brüssel	—	—	—	—	34,75	35,50	36,10	35,25
Kopenhagen	—	—	—	—	23,00	23,35	23,90	23,15
Paris	7,67%	7,50	7,75	—	170,4	170,36	174	—
Stockholm	0,9%	0,9%	0,95	0,95	18,80	18,75	19,30	19,40
Wien	1,25	1,30	1,35	1,35	23,25	23,3	23,05	23,30
London (F. Sterl.)	19,00	19,00	20,00	19,00	87,95	87,34	85,84	84,75

parationen bezahlt werden müßten, daß jedoch die Ruhrbesetzung vollkommen verfehlt sei, wurde in diplomatischen Notizen ausgedrückt, die ihre Wirkung vollkommen verfehlt hätten, weil auf sie keine festen Aktionen folgten. Die Kräfte haben war, daß sowohl in Frankreich als in Deutschland die britische Saluna durchwegs mäßigend wurde. Die „Times“ schließen: Wir können es uns nicht leisten, in Europa abwärts zu stehen oder auszulassen, daß unsere Rechte und unsere Interessen in allen diesen neuen Kombinationen unberücksichtigt gelassen werden. Die erste Aufgabe jeder britischen Regierung sei es, das britische Prestige in Europa wieder herzustellen und ihr Ansehen zu tun, die sehr ernsten Gefahren abzuwenden, in die wir treiben.

# Die Antwort an Deutschland.

Paris, 4. Januar. Der Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet: Die Schlußfolgerungen, zu denen der belgische Oberkommissar in Koblenz und der Chef der belgischen Mission in Düsseldorf hinsichtlich des deutschen Memorandums vom 24. Dezember gekommen seien, würden als sehr streng betrachtet. Nach seiner Ansicht wolle man jedoch diese Schlußfolgerungen in entgegenkommender Weise abändern. Thomsen und Jaspars seien geneigt, ein Regime zuzulassen, das die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet erleichtere. Sie würden jedoch zwei Hauptbedingungen stellen, zuerst, daß die Änderungen der Sicherheit der Truppen keinen Schaden zufügen und in keiner Weise den Ertrag der Wänder, über die man die Herrschaft behalten wolle, vermindern. Es sei unrichtig, daß schon Verhandlungen mit Paris angeknüpft worden seien. Zu einer bestimmten Stellungnahme gelange jedenfalls erst der Ministerrat, der für den kommenden Montag zusammenberufen ist.

# Amerika gegen den zweiten Gabelberäubungsaustausch.

London, 4. Januar. Nach einer Meldung der „Daily News“ aus Washington teilte Schatzsekretär Mellon mit, daß die Vereinigten Staaten bei der bevorstehenden Unterzeichnung unter den Auspizien der Reparationskommission zwecks Auffindung des aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgeführten Kapitals nicht mit helfen werden. Mellon erklärte, diese Frage biete unüberwindliche Schwierigkeiten, und er zweifle, ob eine Unterzeichnung in der vorgeschlagenen Richtung überhaupt erfolgreich sein würde, zumal das ausgeführte deutsche Kapital im Vergleich zu dem in Deutschland befindlichen unbedeutend sei.

# Millerand und Poincaré.

Paris, 4. Januar. Robert de Jouvenel bespricht im „Debut“ die letzten vom „Matin“ gegebene Erläuterung zur Jahresanrede des Präsidenten Millerand an das diplomatische Korps, in der der „Matin“ den pessimistischen Auffassungen, daß das von Millerand gebrauchte Wort Wiederaufbau übertrieben sei, entgegengetreten war und betont hatte, daß Frankreich als unerlässliche Bedingung der wirtschaftlichen Wiederherstellung der Welt die Milderung Frankreichs und Deutschlands zu normalen Bedingungen ansetze und bereit sei, daran mitzuarbeiten. Jouvenel erklärt, es sei unmöglich, zwischen der Haltung Poincarés, der durch sein Amt verpflichtet sei, mit Deutschland zu verhandeln und sich bemühe, die Verhandlungen auf das kleinste Ausmaß zu beschränken, und der Erklärung, er werde sich weder bereue, die Gegenstände zu berühren, noch jene auch nur zu streifen, noch vor allem das Kapitel Reparationen anzuschneiden, und der Haltung Millerands keine Parallele zu ziehen, der für seine Verlon nur verpflichtet sei, zu schweigen, aber nicht zögere, eine Erweiterung der Verhandlungen bis zu einem allgemeinen Wirtschaftsaustausch und bis zu einer reiflichen Ausöhnung vorzuschlagen. Wohl aber über müsse man feststellen, daß Millerands Politik von der Poincarés verschiedene genug sein müsse, da doch der Präsident der Republik das Bedürfnis empfunden habe, seine Politik selbst zum Ausdruck zu bringen, anstatt sich des ihm von der Verfassung vorgeschriebenen ministeriellen Sprachrohrs zu bedienen.

# Frankreich und die Türkei.

\* Paris, 4. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) In Frankreich wird immer mehr Stimmung dafür gemacht, daß der Friedensvertrag von Lausanne mit der Türkei nicht unterzeichnet werden soll. Gefordert wird, daß die Türkei neue französische Forderungen hinsichtlich, die sich besonders auf die türkisch-griechische Grenze, auf die türkischen Schulden und die französischen Schulen in der Türkei beziehen. Die Angelegenheit wird brennend werden, sobald die Kammer zu ihrer neuen Session zusammentreten wird.

# Die englisch-afghanischen Streitigkeiten.

+ Konstantinopel, 4. Januar. Der Vertreter der Konstantinopeler Zeitung „Wakil“ in Angora hatte eine Unterredung mit dem afghanischen Botschafter Achmed Khan bezüglich der englisch-afghanischen Streitigkeiten. Achmed Khan erklärte u. a., die afghanische Nation sei entschlossen, ihre Freiheit bis zum Ende mit aller Entschiedenheit zu verteidigen und schreie in diesem Bestreben auch vor einem Kriege mit England nicht zurück. Falls in Wien ein afghanisch-englischer Krieg entstehen sollte, werde England sich selbst überzeugen, daß dadurch große politische Probleme in Asien ausgetost würden.

# Die Lage in Mexiko.

w. Berlin, 4. Januar. Nach einer der diplomatischen Vertretung der neuen provisorischen Regierung de la Cueta aus Veracruz ausgegangenen Meldung befinden sich die Quaquezacoque-Gebiete in Händen der neuen Regierung. Eine Division Nianterische gegen San Luis Potosi vor, um Prieto Laurens zum Gouverneur einzusetzen. Der ganze Staat Tabasco sei im Besitz der Anhänger der neuen Regierung, ebenso Tehuacan und Puebla. Die Arbeiter- und Bauernpartei sei zu der neuen Regierung übergetreten. Die im Kampfgelände wohnenden Ausländer seien nach Tampico gebracht worden. Die neue Regierung bürgte für den Schutz der ausländischen Interessen.

# Bulgarisch-süd-slawische Spannung.

\* Paris, 4. Januar. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Die bulgarische Regierung hat den Mitgliedern des Hauses Stoburg, darunter dem früheren königlichen Ferdinand, die Erlaubnis erteilt, in das Land zurückzukehren. Südslawien hat gegen diese Erlaubnis in Form eines Ultimatus protestiert.

# Österreichische Deutschlandhilfe.

w. Wegen der schweren wirtschaftlichen Not in Deutschland hat die Gendarmerie-Zentraldirektion Wien unter ihrer Beamtenschaft eine Spendenaktion zugunsten der Gendarmeriebeamten (Landjäger) Deutschlands sowie für deren Witwen und Waisen eingeleitet. Dank der Opferwilligkeit der Angehörigen des österreichischen Gendarmeriekorps wurde eine Spendensumme von 61.864.000 Kronen erzielt, die dem Gesandten des Deutschen Reiches übergeben wurde.

# Verchiedene Mitteilungen.

w. Der Reichskommissar für Reparationslieferungen, Generaldirektor Lob, ist auf seinen Antrag vom Amt entbunden worden. Mit der Führung der Geschäfte des Reichskommissars für Reparationslieferungen ist der Abteilungsleiter im Reichsministerium für Wiederaufbau, Ministerialrat Gunter, beauftragt worden.

+ Das Ende der Sondergerichte. Mit Wochenabschluss beenden die Sondergerichte, die durch Verordnung des Reichspräsidenten anlässlich der Blumendramen im November v. R. einberufen worden sind, ihre Tätigkeit. In Zukunft werden die neuen vereinfachten Straf-kammern anstelle der Sondergerichte treten.

§§ Das Geheimeinstimmnam der Deutschen Beamtenschaft veröffentlicht einen Bericht, wonach den unter den Beamten abgebauten Beamten auf Grund des sich an die Seidungsgehegegebung anschließenden Gesetzes der Erwerb eines Grundstücks durch Kapitalisierung des Ruhegehalts erleichtert werden soll. Die Preussische Landesfinanzverwaltung ist zu gewissen Zusätzlichen hinsichtlich Darlehenshergabe bereit.

§§ Der Vorsitzende des Hochschulringes deutscher Art in München, der jüdisch-deutsche Student Leo Pleyer, ist am Freitag Abend vom Generalkonsulatskommissar aus Bayern ausgewiesen worden. Der Verein der Auslandsstudenten in München und der Hochschulring deutscher Art wie die völkische Studentenschaft haben gegen diese Ausweisung protestiert. Man hat die Bayerische Mittelpartei im Landtag eine Anfrage eingebracht, die wissen will, ob wichtige Gründe für diese Ausweisung vorliegen. Ist dies nicht der Fall, so will die Anfrage der Bayerischen Mittelpartei von der bayerischen Regierung wissen, ob sie bereit ist, die sofortige Zurücknahme des Ausweisungsbefehls vom Generalkonsulatskommissar zu veranlassen.

+ Der Bundesvorstand des Bayerischen Bauernbundes hielt eine Sitzung ab. Er billigte einstimmig die Ablehnung des Ernennungsgesetzes durch die Landtagsaktion. Der Bundesvorstand forderte mit der Forderung beschleunigte, nicht durch eine Ausnahmeverordnung beeinflusste Durchführung von Landtagswahlen, die durch Anrufung des Volkstages nur verzögert werden könnten.

+ Weiteres Sinken der Viehpreise in Berlin. Der Auftrieb von Vieh nach dem Zentralviehhof in Berlin ist beträchtlich gestiegen. Die Folge ist ein weiteres Sinken der Preise. Aus Amerika sind große Mengen Gefrierfleisch nach Deutschland unterwegs.

w. Ausnahme des Verkehrs im Hamburger Hafen. Im Hamburger Hafen sind im Jahre 1923 17.324 Seeschiffe gegen 14.141 im Vorjahre angekommen und 17.213 gegen 14.184 abgegangen.

+ Flottenmanöver im Mittelmeer. Im Januar werden im Mittelmeer Flottenmanöver der englischen Flotte stattfinden, an denen Verbände der italienischen Flotte teilnehmen werden. Ebenso in die Teilnahme spanischer Marineverbände in Aussicht genommen. An den Flottenmanövern werden in größerem Umfang die Flieger und die Unterseebootskräfte beteiligt sein. Man misst hier diesen Flottenmanövern besondere Bedeutung zu, weil es das erste Mal ist, daß englische Verbände mit italienischen und spanischen Flottenteilen in Durchführung einer gemeinsamen Idee manövrieren.

\* Das Sinken des französischen Franken. Der französische Finanzminister hat die Absicht, mit einer Anzahl von Persönlichkeiten aus der Finanzwelt die Lage auf dem Valutenmarkt zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, um eine Unterdrückung der Spekulation gegen den französischen Franken herbeizuführen.

- Ausweitung von Schweizern aus Russland. Nach dem Freispruch im Conradprozess wurden mehrere in Russland ansässige Schweizer Bürger, darunter einige, die beim Mansen Güterwert beschäftigt waren, ausgewiesen. Die Ausgewiesenen haben Moskau am 21. Dezember verlassen und sind inzwischen über Finnland in der Schweiz angekommen.

- Russisch-amerikanische Handelsbeziehungen. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur hat der Centrosouss den ersten Vertrag mit einer nordamerikanischen Gruppe abgeschlossen. Der Vertrag kam mit der Internationalen Gesellschaft für landwirtschaftliche Maschinen zustande, die den russischen Genossenschaften Kredit gewährt. Die Gesellschaft liefert Maschinen im Werte von etwa einer halben Million Dollars. Die Bezahlung ist durch das bei der National City Bank in New-York hinterlegte Depot der alten russischen Genossenschaften in Höhe von 2 1/2 Millionen Dollars sichergestellt.

- Parische Smaragden für die bolschewistische Propaganda. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, es sei in den Vereinigten Staaten eine kostbare Sammlung von Smaragden aus dem ehemaligen russischen Kronschatz einetroffen, aus deren Erlös die bolschewistische Propaganda verstärkt werden solle.

Das polnische Ermächtigungsgesetz. w. Warschau, 3. Januar. Der Finanzauß der Kammer hat die Gesetzesvorlage, betreffend die Gründung der Finanzen und die Valutareform, durch die der Regierung weitgehende Befugnisse auf diesem Gebiet erteilt werden in dritter Lesung angenommen.

w. Wenjefos ist Freitag früh in Athen eingetroffen. Journalisten gegenüber erklärte Wenjefos, er werde so lange bleiben, wie dies notwendig sei.

- Eine Korruptionsaffäre in Belgrad. Dem Blatte „Swatki List“ zufolge beschuldigt der Abt. Michael Rankowitsch den vor einigen Tagen zurückgetretenen Verkehrsminister Dr. Rankowitsch, er habe als Korruptor der auarierenden Schiffahrtsgesellschaft den Staat um 486 Millionen Dinar betrogen. In diese Affäre sei auch Handelsminister Dr. Rankowitsch verwickelt. Dem Blatte „Druu“ zufolge habe der Minister Rankowitsch sich ein Dampfer und 300 moderne Schlepser der Donauflotte angeeignet. Die ganze Affäre habe der Minister für sich behalten und unter seinen Freunden verteilt.

w. Mauthäuserfall. Donnerstag Abend raubten etwa 10 bis 15 maskierte, mit Armeepistolen und Handgranaten bewaffnete Männer aus den Kasernen der Mauthäuserwerke von Mauthausen in Berlin-Rickelsdorf etwa 10.000 Goldmark. Bei Eintreffen der Polizei waren die Mauthäuser verwaunten.

w. Die Eisverhältnisse des Lübecker Hafens haben sich weiter verschlechtert. Außerhalb der von den Eisbrechern geschaffenen Fahrrinne haben die Schlepser schwer zu kämpfen, um die Schiffe und Schuten an die Bösch- und Ladeplätze heranzubringen.

# Handelsteil.

Die Großhandelsindexzahl vom 2. Januar.

Die auf den 2. Januar berechnete Großhandelsindexzahl des statistischen Reichsamts (1913 = 100) ist gegenüber dem Stande vom 27. Dezember (120) um 2 v. H. auf 122,4 gestiegen, und zwar wurde die Preisabnahme der Rohstoffe durch die Steigerung namentlich der Getreidepreise mehr als ausgeglichen. Von den Hauptgruppen liegen Lebensmittel im Großhandel um 5 v. H. auf 108,3, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 9,4 auf 86,4, wozu die Futtermittel um 2 v. H. auf 147,9, davon die Gruppe Mehl und Eisen um 3 v. H. auf 147,1 nachgeben. Das Preisniveau der Einfuhrwaren blieb um 158 nahezu unverändert. Deswegen der Anlandwaren hob sich um 2,5 auf 115,3 v. H. Im Monatsdurchschnitt Dezember ist der Wert der Großhandelsindexzahl gegen November um 0,2 v. H. auf 126,2 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen fallen die Lebensmittel um 1,45 auf 111,2, die Futtermittel um 1,1 auf 154,1, ferner die Anlandwaren um 1,19 auf 115,3, während die Einfuhrwaren um 2,2 auf 160,3 anwachsen.

**Schlesische Aktiengesellschaft für Güte und Felle, Breslau.** Die Firmen Leo Goldstein vorm. Gebr. Neved, Hugo Klacke, Schlegel u. Müller haben sich zu obiger Firma zusammengeschlossen. Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Januar 1924. Die Gesellschaft wird in gleicher Weise wie die bisherigen drei Firmen den Großhandel mit allen Sorten von Säuten, Fellen, Wollwaren, Wolle und Haaren sowie sämtlichen sonstigen Nebenprodukten betreiben.

**Der Markkurs im Ausland.** Aus New York wird die Mark mit 20 Cents für 1 Billion Mark gleich 5 Billionen Mark für 1 Dollar sich zu ändern gemeldet. Umsätze kamen wieder nicht zu Stande. Auch Paris, Amsterdam und Kopenhagen wurden im Gegensatz zur Auszahlung London in New York niedriger notiert. Aus London dagegen wird die Mark mit 19 Billionen Mark für 1 Pfund Sterling unverändert gemeldet, wodurch sich die in Berlin gewonnene Kurve als Spekulationsmonder Charakterisieren. Aus Paris, am 2. Januar die Notierung der Reichsmarknoten (100 Billionen Reichsmark = 122 Gulden), der Auszahlung London (100 Billionen Reichsmark = 132 Gulden) in Reichsmark und der Rentenmark (100 Rentenmark = 130 Gulden) bereits aufgenommen worden war, wurden seitdem diese Notierungen nicht gemeldet.

**Der Umrechnungskurs für den Danziger Gulden.** Der Umrechnungskurs für in Gulden zu erfüllende Markforderungen ist vom Senat der Freien Stadt Danzig auf 750 Milliarden für einen Gulden festgesetzt worden.

**Wagdeburger, 4. Januar, Weißbrot. Amtliche Notizen:** Prompte Lieferung getrocknet. Lieferung innerhalb vier Wochen 25%—26% Goldmark für 50 kg netto einschließlich Budersteuer und Zed. ab Verladung Wagdeburg und Umgegend.

**Stichtags-Markbericht für Dezember 1923.** Die Nachfrage nach Stichtagsmehl im Inland war im Dezember etwas geringer als im November, lebte sich aber gegen Ende des Monats wieder unter der Wirkung der stark ermäßigten Preise. Diese Preise, die etwa 13 Proz. unter den Vorkriegspreisen und 20 Proz. unter den entsprechenden Stichtagspreisen im Stichtagspreis liegen, tragen bereits der noch kommenden Verminderung der Produktionskosten Rechnung, so daß mit einem weiteren Preisabfall im Stichtagspreis voraussichtlich nicht zu rechnen ist. Die Abnahmen entsprechen den Abfällen. Die Werke im besten Geleit kommen allmählich wieder in Gang. Auf den ausländischen Märkten der Stichtagsmehl machte sich das Gerüchten der Verbrauchszeit bemerkbar. Das Geschäft in Chilepeter war lebhafter bei anziehenden Preisen und steigenden Seetrachten von Chile nach Europa. Die Streiklage in den chilenischen Häfen hat sich abgeklärt. Nach den Angaben der Chilepeter-Produzenten haben deren Verkäufe für das laufende Finanzjahr fast eine Höhe von 1 525 000 Tonnen erreicht. Auch in schneefreiem Ammoniak hielt infolge des künftigen Preisverhältnisses die stärkere Nachfrage an, so daß ein lebhaftes Kreislaufgeschäft zu erwarten ist.

Die Veranschlagte Steuer für die jamaican Aktien bei der U. G. für chemische Produkte vorm. Scheidehandel beträgt 13,6 Billionen pro 1000 M. nominal.

**Berlin, 4. Januar, Börse. (Schluß.)** Am späteren Verlauf der Börse konnte sich die Tendenz heftigen. Das Geschäft wurde ruhiger. Geir. at waren Petroleum Aktien. Von Ostbeisen wurden notiert: Auszahlung Wafareh 22,2 Milliarden, Auszahlung Kartowis 510 000, Polnische Noten 540 000, sämtlich voll ausgeteilt.

Am 2 1/2 Uhr wurden folgende Effektenkurse genannt (in Billionen zu lesen): Gelsenkirchener 74,5, Deutsch-Luxemburger 69, Rheinl. 52, Harpener 62, Rheinl. 55, Oberbedar 32, Caro 38, S. H. L. 44,5, Deutsche Kraftwerke 65, Eifener Steinwerke 40, Rheinische Braunkohlen 55, Riebel 80, Eisen Solingen 45, Bochumer 85, Westeregeln 42, Köln-Messener 65,5, Laurahütte 30, Mannesmann 55, Wansfelder 18,5, Schleifische Zinkhütten 60, Stolberger Zinkhütten 65,5.

A. G. 1475, Licht u. Kraft 14,5, Kraftwerk 54, Siemens 57, Bergmann 25,5, Schacht 64, Deutscher Bank 18, Baumhändler und Nationalbank 16,5—17, Mitteldutsche Kredit 4, Dürer eichige Kredit 14, Wiener Bankverein 0,9, Bank elektrische Werte 18, Varmer Bank 7, Commerz- und Privatbank 8, Deutscher Gesellschaft 24,5, Berliner Handelsgesellschaft 78, Danub 48,5, Norddeutscher Lloyd 12,5, Santa 22, Kosmos 55, Vereinigte Eisen 8,5, Berlin-Karlsruher-Industrie 14,5, Schwarzpulver 24, Chemische Werke 13,5, Daimler 6,5, Elberfelder Farben 29, Südfeld Farben 23,5, Berliner Anilin 21,5, G. H. K. Kupfer 62, Löwe 70, Rüttger & Werke 28, S. H. 108, W. H. W. 18,5, A. Wolf 15, Chemische Gesellschaft 24,5, Deutscher Gas 21,5, Linde & Hoffmann 86, D. W. 24,5, 5 Proz. Reichsanleihe 0,105, Schwannbahn 65, Hochbahn 37, Eisenbahnen 60, Deutsche Petroleumgesellschaft 30, Erdöl 67, U. G. für Petroleum-Industrie 14,5, Petroleum 2,80—2,95.

**Im freien Verkehr wurden notiert (in Milliarden):** Abfall 20 000—32 000—29 000, Federkiste 14 500—15 000, Federstahl 13 000, Benz 8250, Brandenburger Holz 500—650, Braunkohlen Chemische 800—1100, Deutsche Lakanto 2250—2750, Deutsche Textil 550—600, Deutsche Wald- und Holz-Industrie 650—725, Luxer Porzellan 85 000, Glühbirnen 3750—4000, G. H. K. 900—1000, Gummi 1000—1000, Gummi 24 000—30 000, Hochfrequenz 22 000—26 000, Kabel 19 000—20 000, Kurzelektrotechnik 2000—2500, Martins & Bloch 250—300, Meurer Spritzen 900—1400, Mühlenthal 350—400, Süddeutsche Schebera 3000—3500, Schebera 2000—2500, Schleifische Werke 1500, Stad & Kopp 1100—1200, Technik 400—450, Tiaa 4000, Ufa 8250—8750, Vereinigte Heiz 900, Winkelhausen 2750—3250.

**Bezugsrechte (in Billionen zu lesen):** W. Inland Seetrake 1. Köln-Industrie 4.

**Berlin, 4. Januar, Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung.** Die Banken kaufen zum Goldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

Wkt.	Reiz	3.	Wkt.	Reiz	3.
1/2 Amsterdam	1625925 G	1615950 G	Rio de Jan.	—	393015 G
1/2 Brüssel	1634075 B	1624050 B	do.	—	394985 B
1/2 London	1879475 £	189475 £	6 Paris	voll	216458 B
1/2 New York	190475 \$	190475 \$	do.	voll	217542 B
1/2 Zürich	813463 S	813463 S	1/2 Schweiz	voll	751118 B
1/2 Bern	816537 S	816537 S	do.	voll	754882 B
1/2 Basel	750120 S	749130 S	1/2 Spanien	voll	541144 G
1/2 Hamburg	753880 M	749970 M	do.	voll	543956 G
1/2 Köln	1132163 G	1117200 G	6 Wien Kr.	voll	60,847 G
1/2 Leipzig	1137337 G	1122300 G	do.	voll	61,153 G
1/2 München	105735 G	104737 G	6 Prag	voll	127680 G
1/2 Nürnberg	106265 G	105263 G	do.	voll	128320 G
1/2 Osnabrück	189265 G	188433 G	6 Budapest	voll	220,944 G
1/2 Posen	190475 G	185462 G	do.	voll	222,006 G
1/2 Stettin	139642 G	138652 G	6 Sofia	100 voll	30922 G
1/2 Thorn	139348 G	139348 G	do.	voll	31078 G
1/2 Warschau	18254250 G	18054750 G	6 Japan	voll	1995000 G
1/2 Krakau	18345750 G	18145250 G	do.	voll	2005000 G
1/2 London	4189500 £	418950 £	6 Belgien (Kr.)	voll	47378 G
1/2 New York	4210500 \$	4210500 \$	do.	voll	48622 G
1/2 Buenos Aires	1386525 \$	1386500 \$	6 Polenmark	voll	—
1/2 Havre	1393475 B	138400 B	do.	voll	—

**Berlin, 4. Januar, Produktenmarkt.** Der Produktenmarkt hatte bei geringen Preisänderungen ruhigen Verkehr. Die Roggenpreise wurden sehr verschieden genannt, je nach den für die Käufer günstigsten Verladestationen. Höhere Anforderungen konnten nur zum Teil befriedigt werden. Weizen war leicht veräußert. Sojestein galt für Brotgetreide vergleichsweise hohe Preise. Gerste wurde trotz herbortretender Aufkäufer nur wenig angefragt. Safer war reichlicher angeboten, der Konsum kaufte aber sehr vorsichtig. Mehl war ruhig. Futtermittel behaupteten ihren Preisstand bei anziehender vermehrter Nachfrage.

Alles in Goldmark der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches von 1923 p 100 kg für Getreide und Malt, somit in 100 kg ab Station. Goldanleihe 4,20 Goldmark gleich ein Dollar Goldanleihe.

Wkt.	Reiz	3.	Wkt.	Reiz	3.
Weizen märkisch	173—175	169—172	Rais La Bl.	173—175	173—174
schl.	—	—	ab Hamb.	26,00—29,25	25,75—29,00
Blagen märkisch	147—151	148—151	Bl. Mehl 70%	25,00—27,25	24,50—27,00
pomm.	143—148	148—149	Bl. Mehl 80%	—	—
weißr.	141—145	143—145	Bl. Mehl 90%	—	—
E. Gerste märk.	169—174	167—173	Bl. Mehl 100%	—	—
W. Gerst. W. Markt.	128—133	132—136	Bl. Mehl 110%	—	—
pomm.	120—125	124—129	Bl. Mehl 120%	—	—

Wkt.	Reiz	3.	Wkt.	Reiz	3.
Bitt. Gersten	40—42	40—42	Ventfuchen	25—26	25—26
H. Speise-Do	25—28	25—28	Erbsenmehl	8,20—8,40	8,00—8,20
Kutt. Gersten	17—18	—	Hüternüsse	—	—
Belustchen	14—15	14—15	Leinöl	8,20—8,60	8,00—8,25
Aderweihen	12—14	12—14	Stroh orangep.	0,60—0,80	0,60—0,80
Wicken	15—18	15—18	Häferstroh	0,50—0,70	0,50—0,70
Lupul. blau	14—18	14—18	Rog. v. v. v. v.	1,30—1,50	1,30—1,50
gelbe	17—17	15—17	R. u. W. S. Bindf.	0,40—0,60	0,40—0,60
Erbsen	17—18	17—18	W. u. u.	1,10—1,20	1,20—1,40
Wasserschei.	12,50	12,50	W. u. u.	—	—

**w. Bradford, 3. Januar, Wollmarkt.** Die Stimmung war sehr fest. Das Geschäft lief sich auf.

**w. Bremen, 4. Januar.** American luth middling good colour and staple toto per 1/2 kilo 37,85 Dollar.

**Breslau, 4. Januar, Börse. (Schluß.)** Auch im freien Verkehr war das Geschäft sehr ruhig und die Kurse bröckelten zum Teil ab (In Milliarden zu lesen): Viehwirtschafts-Beizerteile 1900 G. 2200 M. Christoph u. Hummel —, Gebr. W. 220 G. 260 M. Deutsche Wald und Holz 870 G. 970 M. Elektrische Industrie 150 G. 170 M. Reich u. Wolf —, Fein- und Papierfabrikation 2200 G. 2600 M. Gortauer Societätsbrauerei —, Gortauer Zentrifugen 1600 G. 1800 M. Hart- und Metallindustrie —, Kärntner Mühle —, Rinnofe 18 000 G. 20 000 M. Oberländische Metallwerke 130 G. 150 M. Ostdeutsche Elektrische —, Sidenthe Tafelglas 340 G. 400 M. Riebuhr Braunkohlen 1100 G. 1300 M. Reichelt 770 G. 875 M. Starke u. Hermann 8000 G. 9000 M. Lemminger Holz —, Tuchfabrik Kautz 2300 G. 2700 M. Wulfenberger 360 G. 440 M. Schauburg —, Grünfeld 300 G. 1100 M. Gebr. Mascher 270 G. 330 M.

in Milliarden.		in Billionen.	
4.	3.	4.	3.
8% Dt. Reichsanl.	—	8% Pral. Khl.-Anl.	13 000 B
5% „	—	5% Glögan Holz	17 000 B
4% „	75 B	5% Schl. d. Rog.	5 900 B
5% „	75 B	5% Schl. d. P. d.	0 130 B
5% „	—	5% do. Goldsch.	—
5% „	—	5% Khl. Wences	9 000 B
5% „	—	5% Oest. Cred. Akt.	9 000 B

Dividendenwerte (in Billionen.)		in Tausendern.	
4.	3.	4.	3.
Archimedes	—	Oberl. Holzwerke	65 000 B
Breslauer Bank	1 000 B	do. Parid.-Lama	30 000 B
do. Malzfabrik	—	Oltas Erben	5 000 B
Carlsbühne	25 000 B	Opp. Zement (Krem.)	16 000 B
D. Reich. Techn. Anst.	3 700 B	Ostwerke-Aktien, Berlin	25 000 B
Deutscher Eisenhandl.	7 000 B	R. Kellers & Söhne	1 600 B
Dörmers-Industrie	—	Resident-Hotel u. Café	25 500 B
Elektr. Werk Schlesien	8 200 B	Röhrwerke	25 500 B
Elektr. Strahl. Breslau	—	Schles. Eisenbahn	4 000 B
Erdmannsdorfer A. G.	80 000 B	do. Eisenerz	—
Feldmühle, Pap. u. Zellst.	11 000 B	do. Dampfer	—
Feldm. Maschinenbau	14 900 B	do. Feuerversicher.	—
Fraustädter Zucker	—	do. Gas-Aktien L. A.	—
Göpelwerke	50 000 G	do. do. Lit. B	8 100 B
Großschwitz	8 500 B	do. Immobilien	27 000 B
Hollenhewerke	44 000 B	do. Lein.-Ind. Kramla	7 900 B
Huta	3 400 B	do. Lem. Großschwitz	13 000 B
Hydromet	9 250 B	do. Textil	6 100 B
Kamowitz	—	do. Zinkhütten-Aktien	—
Königs- und Laurahütte	29 500 B	Siegersdorfer Werke	11 500 B
W. u. u.	1 300 B	Silesia, Ver. chem. Fabr.	—
W. u. u.	1 400 B	Striegauer Büsten	13 000 B
W. u. u.	30 000 B	Terran-A. G. Grubben	20 000 B
W. u. u.	24 900 B	do. Kleinburg	—
W. u. u.	36 000 B	Ver. Freiburger Uhren	8 600 B
W. u. u.	13 000 B	Zuckerfabrik Hrabyn	19 500 B
W. u. u.	16 000 B	do. Hrabyn	39 000 B
W. u. u.	8 000 B	do. Neustadt OS.	3 100 B
W. u. u.	30 000 B	do. Zdeny	17 000 B
W. u. u.	37 000 B	Schlesienwerke für Holzverwertung	2 500 B
W. u. u.	—	Schlesische Boden-Kredit	—

**WTB. Wien, 4. Januar, Schlusskurse. (In Tausendern.)**

Wkt.	Reiz	3.	Wkt.	Reiz	3.
Banknote	1,29	1,25	Banknote	380	382
Banknote	2,40	2,40	Banknote	425	—
Banknote	1,90	1,90	Banknote	358	358
Banknote	28,00	28,500	Banknote	842,0	825,55
Banknote	420	—	Banknote	—	190
Banknote	7,000	7,000	Banknote	556,0	560
Banknote	380	405	Banknote	235,1	239,900
Banknote	233	237	Banknote	778,1	765,9
Banknote	338	344	Banknote	—	945
Banknote	11,41	10,95	Banknote	2420	244
Banknote	—	—	Banknote	271,0	—

**N. H. Sudermacht. (Wochenbericht.)** Die geschäftliche Tätigkeit an den Südemärkten gestaltete sich in der durch die Weinmachtsferien unterbrochen und stark verminderten Berichtswoche im allgemeinen recht still. In Norddeutschland kamen nur einige sehr kleine Umsätze unter der Hand zustande. Der Verkehr in Westdeutschland verhielt sich ebenfalls nicht recht zu erheitern. Den Käufern fehlte es nämlich an ständigen Geldmitteln. Es zeigt sich das Streben, vorläufig noch abzuwarten. Nur seitens der zweiten Hand dürfte sich von den Raffinerien angebotene Stoffe wurden aus dem Markt genommen. Daß solche Angebote immer wieder herauskommen, beweist frühere größere Anschaffungen. Unter dem Druck der Verhältnisse haben die Preise etwas nachgegeben und sind unter die 30-Mark-Grenze gesunken. Die deutsche Haupt-Industrie (Wagdeburg) nimmt nunmehr täglich zwei Notierungen vor: für prompte Lieferung innerhalb zehn Tagen und für Lieferung innerhalb vier Wochen. Die ersten Notizen zur Lieferung im Ausland zwecks Fernvertrieb von Stoffen sind jetzt gegeben worden. In Auslandsausführung sind bisher keine Notierungen mehr erschienen. An den ausländischen Hauptmärkten traten wieder Preisrückgänge hervor: der Grundton der Tendenz bleibt stetig fest. In Südamerika fanden vereinigte Umsätze zu etwas nachgebenden Preisen statt.

**w. London, 4. Januar, Metalle.** Kupfer der Klasse 61 1/2, der 3 Monate 61 1/2, Electrolite 61 1/2—62, Best Selected 65 1/2—66 1/2, Zinn der Klasse 230, der 3 Monate 237 1/2, Zinn beste Sichten 30,77, entfernte Sichten 29 1/2, Zinn nabe und entfernte Sichten 33 1/2, Wolfram-Oxid 12,33, Platin (Qualität „Spon“) 680, Silber 83 1/2, do. auf Lieferung 33 1/2.

# Kinder der Zeit.

Roman von Rudolf Straß. Copyright by August Scherl G. m. b. H. Berlin 1923.

Mutter und Tochter schwiegen eine Weile. Dann seufzte Aita schwer und sagte: „Wenn nur August hier wäre, der würde das gar nicht kapieren!“

„Mein. Der ist immer für den Wahlspruch: Alles in Liebe und Güte Herr Erbjuder!“

„Sag' lieber auf deutsch, daß man jede Ohrfeige einsteckt!“

„Ja, Aita — Du mußt Dich mit ihm abfinden...“

„Wir haben Verpätung“, sagte Aita nach einer Pause. „Auf jeder Station ist in irgendeinem Abteil die Wirtschaft mit den Käjjen. Die Kerle sind ganz nervös!“

„Wahrscheinlich suchen sie einen von unsern armen Landkenten!“

„Ich weiß auch wem.“

„Woher?“

„Ach — es ist besser, man spricht den Namen nicht unnütz aus!“

„Du mußt Deinen Geheimnissen. — Nun — mög' ihn Gott behüten!“

„Ja. Mög' ihn Gott behüten!“

„Wach Dich fertig, Aital! Da kommt Wiesbaden in Sicht. Dein armer Bräutigam wartet sicher schon eine geschlagene Stunde auf dem Bahnhof!“

„Das macht August nichts, Mama! Aita kramte gleichgültig in ihrem G. p. d. „Der verliert seine Zeit nicht. Der macht sich immer was zu schaffen! Siehst Du: Da hat er richtig schon Anschlag gefunden!“

Auf dem Bahnsteig leuchtete eine große Blumentüte aus weißem Seidenpapier. August Wartuschke hielt sie in der Rechten. Er wickelte sie beim Heranrollen des Zuges auf und zeigte stolz dem Herrn mit blondem Spitzbart, mit dem er im Gespräch stand, den Inhalt. Der Herr im Pelzmantel nahm den kostbaren Orchideenbüschel in die Hand, nicht anerkennend und gab ihn zurück. Wartuschke verabschiedete sich und stürmte, den Blumentrog zum Willkommen schwingend, groß, stattlich, mit strahlendem Bräutigamsgezicht den Damen entgegen. Aita reichte ihm unbefangenen die Hand zum Kuß.

„Gott... die wunderbaren Blumen... Eine nette Brautwerbung bei dem Wetter! Na — da sind wir! Das ist die Hauptfächer Papa läßt grüßen. — Meine Schwestern auch!“

Sie schritten den haltenden Zug entlang. Vor der Lokomotive stand der spitzbärtige blonde Herr von vorn. Er hatte wegen der Hingewellen des Dampfes seinen Pelz geöffnet. Im Knopfloch seines schwarzen Hodens schimmerte das rote Bändchen der Ehrenlegion. Er grüßte vertraulich. August Wartuschke winkte ihm mit der Hand zu. Aita schaute an ihm vorbei. Sie sagte langsam, ungläubig, zu ihrem Bräutigam: „Das ist ja ein Franzose!“

„Na ja...“

„Und den kennst Du?“

„Na — ich mach' Geschäfte mit ihm! Was denkst Du denn? Im besetzten Gebiet!“

„Und dem Kerl gibst Du die Blumen in die Hand, ehe Du sie mir gibst? Ich hab's gesehen!“

„Gott... nen Nomang!“

Aus der Lokomotive züchte heißer Dampf am Boden. Der Orchideenstrauch flog mit einem raschen Schwung in die weißen Schwaden. Die verschluckten ihn. Er verschwand auf den Schienen, unter den Rädern. August Wartuschke war völlig verblüfft.

„Naum bist Du da, Krieg! Ich schon was an den Blumentopp!“

berstete er getränkt. Und dann beleidigt hinterher: „Außerdem bin ich ungeschädigt wie ein neugeborenes Kind! Das ist gar kein Franzose — das ist ein Belgier!“

Er schwieg gereizt. Hinter der Sperre erkundigte er sich: „Wen suchst Du denn eigentlich?“

Aita schrak zusammen.

„Ich?“

„Na ja — Du suchst ja von einer Ede in die andere, als ob da irgend jemand anfluchen müßte...“

„Wer denn?“

„Weiß ich's? Dabei ist keine Frage weit und breit! Außer den kleinen Piu-Piu!“

August Wartuschke sagte das ganz gutmütig. Man merkte: Er hatte im Grunde seines Herzens nichts gegen die knippsigen, bräunlichen Ananiten in ihrem verwehungsforbenen Gelbgrün, die verdingelt in der leeren Bahnhofshalle herumlungerten, und auch nichts gegen die im Schnellschritt, mit dem Gemeht über der Schulter, auf und abmaršierenden weißen Franzosen, — große, jähmige Burchen aus der Normandie, semmelblond unter dem

bläulichen Stahlhelm, in blau-grünen Röden, Hosen und Grasmägen. Aita nahm verächtlich den Arm ihres Bräutigams und schritt dem Ausgang zu.

„Warum ziehst Du mich denn beiseite, August?“

„Siehst Du denn nicht? Da kommt uns ein französischer Offizier entgegen?“

„Dem soll ich ausweichen?“

„Willst Du etwa warten, daß er Dich anrempelt?“

„Ja“, sagte Aita fast.

„Aital!... Sei vernünftig!... Dieje Herren sind wirklich imstande...“

„Ach geh' keinem Franzosen aus dem Weg!“

„Und daß ich die größten Ungelegenheiten haben kann... Wir Herren sind schon froh, daß wir vor den Franzosen nicht mehr den Hint abzunehmen brauchen! Aber reizen darf man sie nicht!“

„Ne! Aber sie reizen mich!“ sagte das Fräulein von Oderswolff hochmütig und warf den Kopf in den Nacken, während sie schurktrads auf den Franzosen zuschritt, als sei er von Luft. Der Kapitän war klein und jädelbeinig, mit schwarzem Schnurrbart in dem gelben Gesicht. Er trug das schwarze Käppi der Kavallerie, den schwarzverschürzten Rock, die mohnröden Hosen des Friebers. Er stieg und wich zur Seite.

„Na — siehst Du wohl?“

„... weil er Dich für eine Ausländerin gehalten hat!“

„Zit mir gang Wurs! Dann tu Du doch auch so, als ob Du ein zäher Engländer wärs! Aber Du seid schlapp!“

August Wartuschkes freundliche blaue Augen waren tief bekümmert. Er legte weinerlich, unsicher, bittend die Hände ineinander.

„Aita — was hast Du denn nur?“

„Nichts!“

„Aita — das geht doch nicht, daß wir uns am Tag vor der Hochzeit vom ersten Augenblick ab freieren. Du bist ja ganz verändert!“

„Nur deutsches Land hier am Rhein ist verändert! Der Feind in drin! Auf Dich macht das natürlich keinen Eindruck! Aber ich möchte heulen! Mir trübsel's in den Fingern!“

„Beachte! Sie bitte, Frau Schwiegermama, wie sie wieder unglücklich nach rechts und links über den Platz vor dem Bahnhof schaut, als ob sie jemand Bestimmtes sucht!“

„Wen denn, um Himmels willen... Aita?“

(Fortsetzung folgt.)

Main table containing stock market data with columns for company names, share prices, and other financial metrics. Includes sections for 'Leistungswerte', 'Dividendenwerte', and various industrial and commercial stocks.

Textual content at the bottom of the page, likely a market commentary or news article, starting with 'P. Nord- und ostdeutscher Postmarkt...'.

Schlesien.

Verkehrsaufnahme auf gesperrten Bahnstrecken.

w. Die Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Der Zugverkehr ist auf folgenden Strecken wieder aufgenommen worden: Grottkau-Neisse, Namslau-Dammer, Schweidnitz-Ströbel, Gnadenfrei-Roberswik, Dels-Groß Wartenberg, Dels-Frehan, Großgraben-Neumittelwalde.

Zu hohe Bankzinsen.

\* Von der Vereinigung von schlesischen Banken und Bankiers erhalten wir nachstehende Zuschrift:

In Nr. 8 Ihres geschätzten Blattes vom 8. Januar 1924 findet sich unter der Überschrift „Zu hohe Bankzinsen“ ein vom Schlesischen Landbund stammender Artikel, in welchem darüber Beschwerde geführt wird, daß die Banken für Kredite von Rentenmarkt 5 Prozent Zinsen je Monat = 60 Prozent je Jahr und mehr forderten. Wir legen Wert darauf, festzustellen, daß die von den Mitgliedern unserer Vereinigung, zu der sämtliche ersten Aktienbanken und Privatbankiers Breslaus und Niederschlesiens gehören, ihrer Kundschaft für Rentenmarkt- und Papiermarktkredite, wertgeschätzt auf Dollarbasis, berechneten Zinssätze sich ganz erheblich unter dem vom Schlesischen Landbund genannten Satze halten. Die Forderung von 5 Prozent je Monat = 60 Prozent je Jahr und mehr kann demgemäß nur von einer Bank, die der Schlesischen Vereinigung nicht angehört, erhoben worden sein.

Die Zuschrift mag Recht haben, wenn sie ihrer Wichtigkeit die Klausel „wertgeschätzt auf Dollarbasis“ beibringt. Diese Art von Krediten ist aber sehr selten, vielmehr haben die Banken das Bestreben, mit der Gleichung Rentenmarkt = Billionenmark = Billionenmark - Papiermarkt nur Papiermarktkredite zu geben und für diese ein bis zwei Prozent jährlich, das sind 360 bis 720 Prozent jährliche Zinsen zu nehmen. Da seit dem 20. November 1923 die Papiermarkt am Dollar gemessen beständig geblieben ist und nach Stilllegung der Notendrucke wohl auch bleiben wird, ist ein solcher Zinssatz nicht mehr zu rechtfertigen, auch nicht mit der Begründung, daß die Banken ihn zur Aufrechterhaltung ihrer — in der Inflationszeit über Gebühr aufgeschwollenen — Vertriebe nötig haben. Wenn alle übrigen Wirtschaftsbetriebe sich auf die allgemeine Verarmung einrichten müssen, dann müssen auch die Banken ihren entsprechenden Anteil übernehmen. Am übrigen ist auch der in Breslau übliche Zinssatz von 3 Prozent monatlich = 36 Prozent jährlich für Goldmarkkredite sehr hoch, wenn die Reichsbank ihren Diskont auf 10 Prozent jährlich festgesetzt hat.

Gegen die Zwangspensionierung der Flüchtlingslehrer.

Den ober-schlesischen Flüchtlingslehrern, die durch die Abtretung Ost-Schlesiens aus ihren Stellen verdrängt sind, und von denen Tausende heute noch auf Anstellung untergebracht warten und in Notwohnungen hausen müssen, ist von der Regierung ein sehr unangenehmes „Weihnachtsgeschenk“ gemacht worden. Das preussische Staatsministerium hat kurz vor Weihnachten beschlossen, daß die Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen aus dem abgetretenen Gebiet, die noch nicht wieder untergebracht worden sind, mit Beginn des Jahres 1924 in den einstufigen Ruhestand treten. Die Flüchtlingslehrer und Flüchtlingslehrerinnen erhalten von diesem Zeitpunkt ab nur die Bezüge, welche für die in den einstufigen Ruhestand versetzten Staatsbeamten gelten. Dieser Beschluß hat in der ober-schlesischen Lehrerschaft große Erregung ausgelöst. Sagen doch gerade die Lehrer, namentlich auf

dem Lande, im Abstimmungsstamme in der vordersten Reihe gestanden. Die durch die Abtretung großer Teile Ost-Schlesiens aus ihren Stellen verdrängten Lehrer und Lehrerinnen durften deshalb die bestimmte Erwartung hegen, daß der Staat voll für sie eintreten würde. Der Beschluß des Staatsministeriums gab Veranlassung zu einer Protestversammlung, die am 3. Januar in Opatowitz stattfand. Sie war trotz der Störungen des Eisenbahnverkehrs, die viele ferngehalten haben mögen, so stark besucht, daß die Menge im großen Saale des Gesellschaftshauses Kopf an Kopf stand. Der Versammlung wohnte der Oberpräsident und andere Vertreter der Behörden, sowie eine Anzahl Abgeordnete aller Parteien bei, darunter die deutsch-nationalen Abgeordneten Pfarrer Wolf und Straube. Nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden des Verbandes der Flüchtlingslehrer, Rektors Schneider, schloß der Lehrer Walter das Schicksal der Flüchtlingslehrer, über 5000 Lehrer sind durch den Genfer Spruch aus ihrer Berufstätigkeit und ihrem Heim vertrieben worden. Anstatt nach den Mühen und Gefahren, unter denen sie in den vergangenen unruhigen Jahren gelebt haben, wieder in eine zeregele Tätigkeit zu kommen, sollen ihre wirtschaftlichen Räte jetzt durch die Zwangspensionierung noch verschärft werden. In der Versammlung sprachen sowohl weitere Vertreter der Flüchtlingslehrer, wie auch der Oberpräsident Dr. Proskow und mehrere Abgeordnete. Es wurde eine Protestresolution angenommen und beschlossen, eine Deputation zu wählen, die beim Reichskanzler vorstellend werden soll.

Im Anschluß an die Versammlung traten die anwesenden Abgeordneten aller Parteien zu einer Besprechung zusammen, in der nachstehende gemeinsame Erklärung an die Reichsregierung abgefaßt wurde:

„Unter dem Eindruck der machtvollen Kundgebung der ober-schlesischen Flüchtlingslehrer und Flüchtlingslehrerinnen gegen die ihre Zwangspensionierung betreffende Verordnung halten wir als Volksvertreter Ost-Schlesiens im Reichstags und im preussischen Landtage zusammen mit dem Provinzialausschuß von Ost-Schlesien es für unsere Pflicht, die Reichs- und Staatsregierung auf die schwere Enttäuschung und große Verbitterung hinzuweisen, welche diese Verordnung nicht bloß in den durch sie Betroffenen, sondern bei der gesamten ober-schlesischen Bevölkerung und darüber hinaus hervorgerufen hat. Die Verordnung ist eine große Härte gegen die ober-schlesischen Flüchtlingslehrer und Flüchtlingslehrerinnen, die fürchten, statt der erhofften Unterbringung dauernd aus ihrem Berufe herausgedrängt zu werden. Die Verordnung ist eine schwere Ungerechtigkeit, da sie eine Ausnahmebestimmung darstellt, die sich nicht durch die Not des Reiches rechtfertigen läßt. Die Verordnung ist ein bitterer Undank, weil sie sich gegen diejenigen richtet, die sich um die Erhaltung Ost-Schlesiens beim Deutschen Reiche die größten Verdienste erworben haben. Die Verordnung ist schließlich ein schwerer politischer Fehler, weil sie sich in einem Gebiete auswirkt, welches nach wie vor auf das schwerste gefährdet ist.“

Provinzial-Obligationen.

w. In der Mitteilung, daß den Provinzen die Erlaubnis zur Ausgabe neuer Provinzialobligationen erteilt worden ist, berichtet der amtliche preussische Pressebericht ergänzend, daß die Ausgabe von Goldobligationen durch den wenige Tage vor Weihnachten beschlossenen Entschluß der Reichsfinanzverwaltung, Reichszuschüsse zu den Beamtenbesoldungen der Länder und Gemeinden vom 1. Januar, und zwar noch in Höhe von 75 Prozent, zu zahlen, sie aber durch die neue Art ihrer Berechnung tatsächlich auf etwa 35 Prozent herabzusetzen, veranlaßt worden ist. Zur Vermeidung der Gefahr, daß zahlreiche Gemeinden und Gemeindeverbände neues, im wesentlichen ungedecktes Notgeld herausgeben, bezw. bereits ausgegebenes Notgeld in der einen oder anderen Form wieder in Verkehr bringen oder im Verkehr belassen würden, habe man

den Weg der Aufnahme einer provinziellen Anleihe auf wertbeständiger Grundlage gewählt. Das Recht zur Aufnahme derartiger Anleihen hätten die Gemeinden und Gemeindeverbände bereits von jeher. Um jeden Mißbrauch zu vermeiden, sollen nur die Provinzialverbände des unbefestigten Gebiets und die Stadt Berlin zur Ausgabe berechtigt sein. Der Höchstbetrag sei auf eine Mark je Kopf der Bevölkerung begrenzt worden. Vor Aufnahme des Darlehens müsse sich die Gemeinde mit dem Provinzialverband in Verbindung setzen. Die Auszahlung der Anleihen erfolge in Zwischencheinen, die ein Recht auf Erhalt von Schecks der künftigen Provinzialanleihen geben und somit als Übergang zu einer festen Kapitalanleihe dienen. Auch in allen anderen Einzelheiten unterscheiden sich die Zwischencheine der neuen provinziellen Goldanleihe wesentlich von dem reinen Notgeld. Mit ihm seien alle Vorkehrungen getroffen, um einer Inflation vorzubeugen. Am liebsten wird die Summe der umlaufenden Zwischencheine nicht allzu groß sein, da nur ein Teil der Gemeinden und Kreise von dieser Kreditmöglichkeit Gebrauch machen werde. Die Reichs- und die preussischen Kassen seien nur bis zum 31. Januar zur Annahme dieser Zwischencheine ermächtigt, sodann auch hierin ein wesentlicher Anteil liege, sie baldmöglichst wieder aus dem Umlaufverkehr zu entfernen.

Entlassung der Schwurgerichte.

h. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ist eine vorübergehende Verordnung über die beschleunigte Aburteilung von Straftaten ergangen. Danach ist, soweit nicht Sondergerichte in Frage kommen, die Strafkammer für folgende Straftaten zuständig: Widerstand gegen Forstbeamte, Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung, Mord, Raub, Raubüberfälle, Verdrängung und andere gemeingefährliche Verbrechen, die bisher der Zuständigkeit der Schwurgerichte unterlagen. Die erste Schwurgerichtsperiode am Breslauer Landgericht, die am 14. Januar stattfinden sollte, ist aus diesem Grunde bereits auf den 28. Januar verschoben worden.

[Schleierprozess.] - t. Glogau, 8. Januar. Ein großer Diebstahl und Schleicherei wurde heute vor der hiesigen Strafkammer statt. Der Hauptangeklagte war der Handelsmann Oskar Friedrich von hier, der bereits mehrfach mit Raubtaten vorbestraft ist und nach dem Kriege ein Altmarengeschäft aufmachte. Wie seine eigene Ehefrau, von der er inzwischen geschieden worden ist, bezeugt, hat er seine „Kunden“, die sich aus jungen Leuten, Hausknechten usw. rekrutierten, direkt verleitet, Diebstähle zu begehen und ihm die gestohlenen Waren zu bringen. In einem Kiste hat er auch mit einem bei der Seeresverwaltung beschäftigten Büroangestellten angebandelt, der Seereskaptan am Friedrich lieferte. Wegen dieses Teiles der Anklage wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, weil Staatsinteressen auf dem Spiele standen. In der heutigen Verhandlung widerrief die geschiedene Frau Friedrich ihre Aussage, die ihren Mann außerordentlich stark belastete, und erklärte, sie habe an ihrem Manne nur Mitleid üben wollen. Nach achtstündiger Verhandlung verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten Oskar Friedrich wegen gewerbetätiger Schleicherei zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust unter Anwendung von neun Monaten Untersuchungshaft, den Büroangestellten Wilhelm Reichmann wegen Unterschlagung von Seereskaptan zu einem Jahr Gefängnis, den Arbeiter Richard Seifert zu 15 Goldmark, den Angeklagten Kurt Weber wegen Diebstahls zu einem Monat Gefängnis und die Frau Friedrich zu 50 Goldmark Geldstrafe.

- t. Goldberg, 8. Januar. Stadtkämmerer Bietsch. Am heutigen Tage verstarb hier nach längerem Leiden der frühere Rat Rentner August Bietsch, im Alter von 76 Jahren. Von den hiesigen Körperschaften war er im Jahre 1898 in das Ratkollegium gewählt worden, in dem er das Forst- und Promenaden-Dezernat übernahm. Ein Jahr vor seinem Ausscheiden aus der hiesigen Verwaltung wurde ihm 1918 der Ehrentitel „Stadtkämmerer“ in Anerkennung seiner langjährigen Tätigkeit im Interesse der Stadt verliehen.

Die Schließung der Deutschen Bücherei.

Eine deutsche Angelegenheit.

Kurz vor den Weihnachtsfeiertagen ist die Deutsche Bücherei in Leipzig — Deutschlands Nationalbibliothek — geschlossen worden, weil die Mittel zur Fortführung des Betriebes fehlen. Über den unerklärlichen Verlust, den diese Schließung für die wissenschaftliche Arbeit, das geistige Leben und die geistigen Arbeiter Deutschlands bedeutet, wird uns geschrieben:

Als nach der politischen Einigung Deutschlands das Bewußtsein der deutschen geistigen Einheit immerlich zu wachsen begann, fand es nach verschiedenen Ansätzen endlich auch seinen Ausdruck in der Sammlung aller deutschen Schrifttums, in der Gründung der Deutschen Bücherei zu Leipzig. Eine solche Einrichtung besaßen Nationen mit älterem Volkswußtsein, wie die Franzosen und Engländer schon längst in der Pariser Nationalbibliothek und der des Britischen Museums. Zielzeitiger hatte sich das gleichzeitig mit uns geeinigte Italien die Nationalbibliothek in Florenz für sein Schrifttum geschaffen. Die Amerikaner sammelten alle Amerikanica in der Kongressbibliothek in Washington, die Schweiz alle Helvetica in der Landesbibliothek in Bern. Das hätte Entschließen der Deutschen Bücherei setzte sie den alten Büchereien gegenüber in den Vorteil der neuesten und vorzüglichsten Einrichtungen, was jeder befähigten wird, der in Paris und London selbst gearbeitet hat. Mit dem Erlischen dieser Bücherei empfand der geistige Arbeiter den Stolz über einen Wert, den auch kein verlorenen Krieg oder Umsturz unwerten konnte. Nun soll der geistige Arbeiter, neben einem Teil unserer Jugend einer der letzten Idealisten im heutigen Deutschland, durch die Schließung der Deutschen Bücherei auch diesen Wert verlieren.

Geradezu fieberhaft hat nach dem Kriege auf allen geistigen Gebieten eine Tätigkeit eingesetzt, um hier am ersten die Verluste wieder einzubringen. In allen akademischen Kreisen stiegen Gelehrte, Politiker, wissenschaftlich arbeitende Kaufleute, die nicht das Glück hatten, am Platze zu wohnen, in Leipzig ab, um auf der Deutschen Bücherei zu arbeiten. Hinrichs wöchentliches Verzeichnis hatte früher in anerkanntester Weise die Neuerscheinungen angezeigt; jetzt unentgeltlich das ausgezeichnete Verzeichnis der Deutschen Bücherei über alles, was neu erschienen war. Hier war nun alles sofort einzusehen, während andere Bibliotheken das notwendigste Arbeitsmaterial nicht anschaffen konnten, geschweige denn daß es der einzelne hätte besorgen können. Von der Deutschen Seifenzeitung bis zur Zeitschrift für Assyriologie waren hier alle Zeitschriften zu bekommen, vollständig, nicht nur in Auswahl, das Material über die Kriegsschuldfrage, den Ruhrkampf, das Auslandsdeutschtum bis zur Einheitsdeutschen Relativitätstheorie. Als die Deutsche Jugendbewegung z. B. daran gehen wollte, sich ein Archiv ihres Schrifttums anzulegen, sah sie zu ihrem Erstaunen, daß es auf der Deutschen Bücherei schon vorhanden war.

Die Opferwilligkeit der deutschen Verleger und die rührige Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bücherei haben dafür ge-

jorgt, daß die Deutsche Bücherei die einzige Bibliothek ist, die zur Beschaffung der Bücher keine wesentlichen Mittel aufzuwenden hat. Die Anstalt hat auch keine nennenswerten sachlichen Ausgaben. Die einzige Sorge ist der Personaletat. Die drei Selbstgeber der Deutschen Bücherei, das Reich, der Freistaat Sachsen und die Stadt Leipzig, müßten es doch ermöglichen können, daß dieses einzig dastehende und erstaunlich aufgeschlichtete Archiv den geistigen Arbeitern wieder zugänglich gemacht wird. Ihre Arbeit, ihr Schaffen wird diese Kapitalanlage der Allgemeinheit reichlich vergelten. Denn der Zustand, daß eine Bücherei von derart umfänglicher Anlage sich der allgemeinen Benutzung verschließen muß, ist als empörend zu bezeichnen. Wenn die Stabilisierung der Mark das deutsche Wirtschaftsleben wieder in geregelte Bahnen zu lenken scheint, so müssen gleichzeitig alle Kräfte zusammenwirken, daß auch der deutsche Idealismus und das geistige Schaffen sich hoffnungsvoll weiter entwickeln können.

Dr. St.

Vom völkischen Gedanken.

Von einem Wegweiser erwartet man, daß er dort hinde, wo von gewissem Ausgangspunkte eine Straße zu bestimmten Zielen führt, und man ist mit Recht enttäuscht, wenn ein also gewiesener Weg, ohne sein Ziel zu erreichen, sich unversehens verliert. Eine betrieblige Enttäuschung bleibt auch dem Leser der neuerlichen Bartelschen Abhandlung nicht erspart. Sie enthält nicht, wie man meinen möchte, eine in ihren Grundzügen festgestellte, richtunggebende Darstellung des Begriffs des Völkischen und bringt auch praktisch nur manche Andeutung, keine in sich abgeschlossene Anschauung.

Adolf Bartels gibt in der ersten Hälfte seiner Arbeit einen etwas ungleichmäßigen, aber manches Gute enthaltenden Überblick über die Entwicklung des völkischen Gedankens von seinen Anfängen im ersten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts bis auf Adolf Bartels, dessen Werke eine ganze Seite lang aufgezählt werden, während Männer wie Lagarde, Treitschke und Gobineau sich mit je einer halben Seite, andere gar mit knapper Namensnennung begnügen müssen. Dieser Schönheitsfehler würde der Gesamtnahme nicht wert sein, wenn nicht der Umstand, daß das ganze Werk — wie frühere Arbeiten des Verfassers auch — mit Selbstkritikern durchsetzt ist, die beiläufige Anmerkung nahelegen, daß es ein wenig ärgerlich ist, vom Autor dauernd auf ihn selbst hinzuweisen zu werden. Wenn kein Irrtum vorliegt, so pflegt gerade in den Adolf Bartels nachstehenden Kreisen gern betont zu werden, deutsch sein hieße, eine Sache um ihrer selbst willen tun.

Nach einer kurzen Kritik der im völkischen Sinne höchst unglücklichen Entwicklung Deutschlands unter Wilhelm II. während des Krieges und nach der Revolution geht Bartels dazu über, die Frage, was der völkische Gedanke sei, anzuklären. Er klärt aus dem Säben, daß das deutsche Volk germanisch rassenhaft bestimmt sei, und daß es sich dementsprechend seinen Staat schaffen müsse, damit sein „organisches Wachstum“ erhalten bleibe und sich seinem Wesen gemäß ausleben und entwickeln könne, den völkischen Gedanken allseitig erläutern zu können. Aber was will das lazen? Völkisch sein heißt, den völkischen Staat formen! Das ist letzten Endes eine Tautologie, keine Erklärung. Übrigens setzt Bartels

\*) Adolf Bartels. Der völkische Gedanke. Ein Wegweiser. Frib Frib Verlag, Weimar 1923.

Deutschtum und Germanentum keineswegs gleich, sondern will nur, daß eine Tendenz unseres Volkstums zum Germanentum lebendig sei. Er fordert die Abkehr von fremden Einflüssen und gibt eine kurze Darstellung seiner in früheren Arbeiten ausführlich vorgetragenen Auffassung des Nationalismus. Er hält weiterhin eine gesunde völkische Gliederung für notwendig, die er in dem Neben- und Nebeneinanderbestehen der verschiedenen deutschen Stämme als vorliegend erachtet, und sieht in Heimat, Stammesstum, Volkstum, Rasse die vier großen natürlichen Formen, innerhalb deren man den Menschen wirklich erfassen, aus denen heraus man ihn bilden könne. Auch hier bleibt es bedauerlicherweise bei Worten, mit denen an sich nichts Bestimmtes gesagt ist, soviel man sich bei ihnen auch denken kann.

Es folgt eine unter gegenwärtigen Umständen nur zu verständliche Kritik der Parteien und des Parlamentarismus, an deren Stelle Bartels eine häßliche Gliederung unter Aufhebung an Fiktion „Geschlossenen Handelsstaat“ gefordert werden möchte. Doch er ein dualistisches Kaiserium, wechselnd zwischen Hohenzollern und Wittelsbachern, mit Erfurt als deutschem Washington für möglich und wünschenswert erachtet, sei anamert. Auf die Umgestaltung des Wirtschaftslebens geht Verfasser nicht weiter ein, als daß er einen Abbau des Industrialismus und stärkere Agrarifizierung befürwortet. Wenn er endlich Familie und Recht von völkischem Geiste erfüllt sehen will, so ist auch das eine sehr verständliche Forderung, der leider nur wieder die nähere Bestimmung abgeht.

Es sei anzufügen, daß es nicht leicht ist, das zu geben, was diesem Werke fehlt. Kein gefühlsmäßig weich man, oder meint zu wissen, was deutsch und völkisch sei, und gerade diejenigen, die die Bartels mit rechter Eingebung und Liebe an Volk und Vaterland hängen, meinen vielleicht am ehesten, bearbeitbarer Material überhoben zu sein. Aber auf die Dauer sind bestimmtere Schritte erforderlich. Bartels sagt selbst, daß der Nationalismus wirklich zur Weltanschauung ausgebaut werden müsse. Hier in der Tat liegt eine Aufgabe und vielleicht die größte der kommenden Zeit.

Stadttheater. „Oberon.“ Je öfter man diese Oper Webers hört, desto mehr löst sie sich für den Theaterbesucher in zwei Teile auf, die eigentlich untrennbar verknüpft sein sollen: in die Musik und in den Stoff. Je mehr man die Stärke, dieser verliert immer mehr an Bedeutung. Die Spielleitung muß darauf achten, daß alle Verwandlungen der an sich so schönen Bilder so rasch als möglich vor sich gehen, man darf nicht zu Atem kommen, nicht zum Nachdenken aufgefordert werden. Wenn aber, wie diesmal, die Pause vom 2. zum 3. Akt beinahe eine halbe Stunde dauert, so ist dies geradezu von lähmender Wirkung. Erhöhtes Interesse gewann die Vorstellung durch das Gastspiel Adolf Völtgens, der den Hünion sang. Die starke Männlichkeit und die quellend schöne Stimme des beliebten Sängers tat der Rolle sehr gut. Schauspielerei konnte er kaum wirken, da ja in diesem Werke die Figuren mehr gehoben werden, als daß sie selbst handeln. Nur die unphysisch geübte Sängerin Frau Berthold sprang hilfsbereit Frau Elli Pfeiffer ein, die übrigens nicht gut bei Stimme zu sein schien. Auch liegt ihr diese Partie nicht. Hier, wo es so sehr auf kunstmäßiges Kantilemeningen ankommt, reichen die Mittel nicht aus. Frau Pfeiffers Sache ist dramatisch gepeitschte Leidenschaftlichkeit. Aber Kunst ist Spiel, nicht Anstrengung und Ernte. Das Haus war sehr gut besucht und beifallsstrebend. Dr. Fr. Fr.





